

Die Entwicklung der US-Agenda gegenüber Venezuela: Von antagonistischer Eindämmung zu Regimewechsel und Neukalibrierung (1999-heute)

I. Einleitung: Das Ende einer Ära

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Venezuela waren vor 1999 historisch stark und stabil, geprägt von kommerziellen Interessen, insbesondere im Ölsektor.¹ Diese Beziehung basierte auf der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels und einem gemeinsamen wirtschaftlichen Wohlstand, wobei die USA der größte Handelspartner Venezuelas waren.¹ Diese Stabilität kam den wirtschaftlichen Interessen der USA zugute, die über einen Großteil des 20. Jahrhunderts eine „komfortable Position“ innehatten. Dies galt insbesondere während des antikommunistischen Regimes von Marcos Pérez Jiménez, der die Ausbeutung der venezolanischen Ressourcen durch amerikanische Ölkonzerne unterstützte.¹

Der Erdrutschsieg von Hugo Chávez bei den Präsidentschaftswahlen 1998 markierte einen Wendepunkt, der diese langjährige Dynamik grundlegend veränderte.¹ Chávez' „Bolivarische Revolution“ stellte den Status quo unmittelbar in Frage, indem sie die Souveränität über die Ölreserven des Landes bekräftigte, die Privatisierung des staatlichen Ölkonzerns PDVSA rückgängig machte und die Lizenzgebühren für ausländische Unternehmen erhöhte.¹ Diese Maßnahmen stellten eine direkte Konfrontation mit den wirtschaftlichen Interessen der USA dar und bereiteten den Boden für eine neue Ära der Konfrontation.¹

Dieser Bericht argumentiert, dass die US-Agenda gegenüber Venezuela seit 1999 ein konsequentes, wenn auch sich wandelndes Bestreben war, der Herausforderung des Chavismo für die regionale Hegemonie und die wirtschaftlichen Interessen der USA zu begegnen. Diese Agenda hat sich über verschiedene Administrationen hinweg gewandelt: Sie

eskalierte von Eindämmung und diplomatischem Druck unter Bush und Obama zu einer expliziten Politik des Regimewechsels durch „maximalen Druck“ unter Trump, bevor sie sich unter Biden zu einer Strategie des gehebelten Engagements neu kalibrierte, die sich auf Migration und Energiesicherheit konzentriert.

II. Der Bruch durch Chávez und die Reaktion der Bush-Regierung (1999-2009)

Dieser Abschnitt analysiert die anfängliche Verschlechterung der Beziehungen und die Etablierung eines antagonistischen Rahmens, der die US-Politik für Jahrzehnte prägen sollte.

1. Die Herausforderung der Bolivarischen Revolution für die US-Interessen (1999-2002)

Chávez' unmittelbare wirtschaftspolitische Weichenstellungen, einschließlich der Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und der Durchsetzung der staatlichen Kontrolle über PDVSA, stellten die vorteilhafte Position von US-Unternehmen direkt in Frage.¹ Gleichzeitig verfolgte Chávez eine Außenpolitik, die explizit „antiimperialistisch“ war und darauf abzielte, den Einfluss der USA zu brechen.¹ Zu den Schlüsselaktionen gehörten:

- Der Aufbau einer engen Allianz mit Fidel Castro in Kuba, was die US-Politik der Isolation untergrub.¹
- Die Beendigung der langjährigen militärischen Beziehungen zwischen den USA und Venezuela.¹
- Die Nutzung der venezolanischen OPEC-Präsidentschaft im Jahr 2000 für eine Tour durch die Mitgliedsländer, einschließlich eines kontroversen Treffens mit Saddam Hussein, was als direkte Missachtung der US-Außenpolitik angesehen wurde.¹
- Die Ablehnung weiterer US-Katastrophenhilfe nach der Vargas-Tragödie von 1999 unter Berufung auf „Souveränitätsbedenken“, ein Schritt, der als von Fidel Castro beeinflusst galt.¹

Die rhetorische Konfrontation verschärfte sich nach dem 11. September 2001, als Chávez als einer der wenigen Staats- und Regierungschefs weltweit die US-Invasion in Afghanistan scharf kritisierte.⁵ Dies markierte den Beginn eines Musters persönlicher und ideologischer Auseinandersetzungen, das sich während der gesamten Bush-Präsidentschaft verschärfen

sollte.⁵

2. Der Staatsstreich von 2002: Ein kritischer Wendepunkt

Im April 2002 wurde Chávez nach Massenprotesten gegen seine Ernennungen bei PDVSA kurzzeitig gestürzt, kehrte aber schnell mit Unterstützung loyaler Streitkräfte und der Bevölkerung an die Macht zurück.⁴ Die Rolle der USA bei diesem Putsch ist umstritten. Offizielle US-Untersuchungen, die von Senator Christopher Dodd angestoßen wurden, kamen zu dem Schluss, dass US-Beamte „nichts taten, um einen Putsch zu fördern“.¹ Andere Quellen deuten jedoch stark auf eine Unterstützung durch die USA hin. Die Regierung von George W. Bush wurde beschuldigt, den gescheiterten Militärputsch unterstützt zu haben.¹ Prominente Neokonservative wie Elliott Abrams und Otto Reich wurden mit dem Putschversuch in Verbindung gebracht³, und wichtige venezolanische Militärverschwörer wurden an der U.S. Army School of the Americas ausgebildet.³ Die USA erkannten zunächst die Übergangsregierung von Carmona an, bevor sie den Putsch verurteilten, nachdem er gescheitert war und von lateinamerikanischen Staaten breit verurteilt wurde.⁴

Nach Chávez' Wiedereinsetzung signalisierte die Erklärung der Nationalen Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, man hoffe, Chávez werde „sein eigenes Schiff wieder auf Kurs bringen“, eine klare Missbilligung durch die USA und schuf einen Präzedenzfall dafür, die Chávez-Regierung als illegitim zu betrachten.⁴ Dieser Putschversuch von 2002 wurde zum entscheidenden Moment, der die Beziehungen unwiderruflich beschädigte. Die Wahrnehmung einer US-Beteiligung, die durch die Verbindung zu bekannten Persönlichkeiten wie Elliott Abrams gestützt wurde, lieferte Chávez ein mächtiges und glaubwürdiges Narrativ des US-Interventionismus. Dies ermöglichte es ihm, alle nachfolgenden oppositionellen Aktivitäten und die Kritik der USA als Teil einer imperialistischen Verschwörung zur Aneignung des venezolanischen Öls darzustellen.³ Dieses Narrativ war äußerst wirksam, um seine innenpolitische Basis zu konsolidieren, Repressionen gegen die Opposition zu rechtfertigen und Unterstützung von anderen linksgerichteten Regierungen in der Region zu gewinnen, was die diplomatische Landschaft grundlegend veränderte.

3. Die Entstehung des Sanktionsregimes und die diplomatische Eskalation (2005–2009)

Ab 2005 begannen die USA, gezielte Sanktionen gegen Einzelpersonen und Organisationen

zu verhängen, die an kriminellen, antidemokratischen oder korrupten Handlungen beteiligt waren.⁸ Dies waren noch keine breiten Wirtschaftssanktionen, schufen aber die Grundlage für eine zukünftige Eskalation. Der politische Rahmen der USA begann, Venezuela formell als problematischen Staat zu kennzeichnen:

- **Seit 2006:** Der US-Außenminister stellt jährlich fest, dass Venezuela „nicht vollständig mit den Antiterrorbemühungen der Vereinigten Staaten kooperiert“, was zu einem Verbot von US-Waffenverkäufen führt.⁸
- **Seit 2005:** Venezuela wird als ein Land eingestuft, das seinen internationalen Verpflichtungen zur Drogenbekämpfung nicht nachkommt.¹⁰
- **2008:** Das US-Finanzministerium nutzte die Executive Order 13224, um Einzelpersonen und Reisebüros in Venezuela wegen finanzieller Unterstützung der Hisbollah zu sanktionieren.⁸

Die Beziehungen erreichten im September 2008 einen neuen Tiefpunkt, als Chávez aus Solidarität mit Bolivien den US-Botschafter auswies, was zu einer gegenseitigen Ausweisung durch die USA führte.¹ Diese frühen Sanktionen der Bush-Regierung schufen die rechtliche und bürokratische Architektur für einen zukünftigen, schwerwiegenderen Wirtschaftskrieg. Die anfänglichen Maßnahmen waren gezielt und wurden mit unpolitischen Gründen wie der Bekämpfung von Drogenhandel und Terrorismus gerechtfertigt. Diese Aktionen schufen jedoch den Präzedenzfall und die rechtlichen Wege (z.B. die Nutzung von Executive Orders und die Designierungen des Finanzministeriums) für die Sanktionierung venezolanischer Entitäten. Dieser anfangs enge Rahmen konnte von nachfolgenden Administrationen leicht erweitert werden, um umfassendere Aktivitäten wie Menschenrechtsverletzungen oder antidemokratische Handlungen abzudecken. Somit waren die politischen Maßnahmen der Bush-Ära keine isolierten Aktionen, sondern die grundlegende Schicht einer mehrstufigen Strategie eskalierenden Drucks.

III. Die Obama-Regierung: Von vorsichtigem Engagement zur „außergewöhnlichen Bedrohung“ (2009-2017)

Dieser Abschnitt beschreibt den Wandel von einem kurzen Versuch, die Beziehungen neu zu gestalten, zur formellen Einstufung Venezuelas als nationale Sicherheitsbedrohung, was die rechtliche Grundlage für die nachfolgende „maximale Druck“-Kampagne schuf.

1. Ein kurzes Tauwetter: Der Amerika-Gipfel 2009

Nach Jahren der Feindseligkeit unter Bush brachte die Wahl von Barack Obama eine kurze Phase des Optimismus. Im Juni 2009 entspannten sich die Beziehungen etwas, und die Botschafter sollten zurückkehren.¹ Der Händedruck zwischen Obama und Chávez auf dem Amerika-Gipfel 2009 war ein bedeutender symbolischer Moment, bei dem Chávez erklärte: „Ich möchte Ihr Freund sein“.¹³ Obamas Ansatz war der eines höflichen Engagements, da er erklärte, ein Händedruck gefährde nicht die strategischen Interessen der USA und sei dem konfrontativen Stil der Vergangenheit vorzuziehen.¹³ Das Tauwetter war jedoch von kurzer Dauer. Spannungen traten schnell wieder auf, und 2010 wurden die Botschafter erneut abgezogen, eine Situation, die seitdem andauert.¹ Die Beziehungen „verschlechterten sich stetig“ kurz nach dem Gipfel von 2009.¹

2. Der Übergang nach Chávez und die Proteste von 2014

Nach dem Tod von Chávez im Jahr 2013 wurde die US-Politik der Dämonisierung unter seinem Nachfolger Nicolás Maduro fortgesetzt.³ Die US-Regierung äußerte tiefe Besorgnis über das gewaltsame Vorgehen der Maduro-Regierung gegen die regierungsfeindlichen Proteste im Jahr 2014.¹⁶ Außenminister John Kerry beschuldigte die Regierung einer „Terrorkampagne“.⁷ Im Gegenzug beschuldigte die Maduro-Regierung die USA, Gewalt zu fördern, und wies im Februar 2014 drei amerikanische Diplomaten aus, was zu einer gegenseitigen Ausweisung durch die USA führte.¹ Kritiker argumentierten, dass die Äußerungen der USA und die Finanzierung von Oppositionsgruppen (5 Millionen US-Dollar im Budget 2014) auf eine Unterstützung des Regimewechsels hinausliefen und die Situation anheizten.¹⁷

3. Die Kodifizierung von Sanktionen: Ein neuer rechtlicher Rahmen

Als Reaktion auf die Niederschlagung der Proteste verabschiedete der US-Kongress den „Venezuela Defense of Human Rights and Civil Society Act of 2014“, der von Präsident Obama im Dezember 2014 unterzeichnet wurde.⁹ Dieses Gesetz verpflichtete den Präsidenten, gezielte Sanktionen (Vermögenssperren und Visabeschränkungen) gegen venezolanische Beamte zu verhängen, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind.⁹ Dies war eine bedeutende Wende, da es eine spezifische, vom Kongress mandatierte rechtliche

Grundlage für Sanktionen schuf, die an Menschenrechte und Demokratie geknüpft waren.

4. Executive Order 13692: Die Erklärung eines „nationalen Notstands“

Am 9. März 2015 erließ Präsident Obama die Executive Order (E.O.) 13692, in der die Situation in Venezuela zu einer „ungewöhnlichen und außergewöhnlichen Bedrohung für die nationale Sicherheit und Außenpolitik der Vereinigten Staaten“ erklärt wurde.¹ Diese Anordnung setzte das Gesetz von 2014 um und erweiterte es, indem sie sich gegen Personen richtete, die an der Untergrabung demokratischer Prozesse, Menschenrechtsverletzungen und öffentlicher Korruption beteiligt waren.²⁰

Obwohl US-Beamte betonten, dass die Anordnung nicht auf das venezolanische Volk oder die Wirtschaft abzielte¹⁰, war die Einstufung als „nationale Sicherheitsbedrohung“ ein entscheidender rechtlicher Schritt. Sie berief sich auf den International Emergency Economic Powers Act (IEEPA), der der Exekutive weitreichende Befugnisse zur Verhängung zukünftiger Sanktionen einräumt.²³ Diese Erklärung wurde von regionalen Gremien verurteilt und von der Maduro-Regierung als Vorwand für ihren Sturz angesehen.¹ Die Politik der Obama-Regierung stellt eine entscheidende „rechtliche Institutionalisierung“ der antagonistischen Haltung dar. Sie verlagerte die Grundlage für US-Maßnahmen von Ad-hoc-Reaktionen auf einen kodifizierten Rahmen der Menschenrechts- und Demokratieförderung. Während die Maßnahmen der Bush-Regierung weitgehend auf bestehenden Befugnissen zur Terrorismus- und Drogenbekämpfung beruhten, schufen das Menschenrechtsgesetz von 2014 und die E.O. 13692 eine neue, venezuelaspezifische Rechtsarchitektur. Dies bot eine international akzeptablere Rechtfertigung für Sanktionen und schuf eine dauerhafte rechtliche Grundlage, die von zukünftigen Administrationen übernommen und erweitert werden konnte.

Die Erklärung einer „nationalen Sicherheitsbedrohung“ war ein strategischer Schachzug, der, obwohl er damals übertrieben schien, die notwendige rechtliche Voraussetzung für den Wirtschaftskrieg war, der unter der Trump-Regierung folgen sollte. Diese Erklärung, die jährlich von jedem nachfolgenden Präsidenten erneuert wurde²¹, ermöglichte es der Trump-Regierung, ohne neue Rechtfertigung sofort zur Sanktionierung ganzer Wirtschaftssektoren überzugehen. Somit war die Politik der Obama-Ära die wesentliche rechtliche Brücke, die die Kampagne des „maximalen Drucks“ ermöglichte.

Datum	Administration	Rechtsinstrument	Wichtige Bestimmungen /Ziele	Angegebene Begründung
-------	----------------	------------------	------------------------------	-----------------------

2005	Bush	Jährliche Zertifizierung	Gezielte Sanktionen gegen Einzelpersonen wegen krimineller/korrupter Handlungen	Drogenbekämpfung, Korruptionsbekämpfung
2006	Bush	Arms Export Control Act	Verbot von US-Waffenverkäufen	Mangelnde Kooperation bei der Terrorismusbekämpfung
2008	Bush	E.O. 13224	Gezielte Sanktionen gegen Einzelpersonen wegen Unterstützung der Hisbollah	Terrorismusbekämpfung
18. Dez. 2014	Obama	Venezuela Defense of Human Rights and Civil Society Act of 2014	Verpflichtung zu Sanktionen gegen Menschenrechtsverletzer	Reaktion auf Gewalt bei den Protesten von 2014
9. März 2015	Obama	E.O. 13692	Erklärung des nationalen Notstands; Sanktionen gegen Beamte	Aushöhlung der Menschenrechte, antidemokratische Handlungen
24. Aug. 2017	Trump	E.O. 13808	Verbot von Transaktionen mit neuen	Untergrabung der

			venezolanischen Schulden (einschließlich PDVSA)	Demokratie
1. Nov. 2018	Trump	E.O. 13850	Sanktionen gegen den Goldsektor, später auf den Ölsektor (PDVSA) ausgeweitet	Plünderung von Ressourcen, Korruption
5. Aug. 2019	Trump	E.O. 13884	Sperrung allen Eigentums der venezolanischen Regierung in den USA	Illegitime Machtkonsolidierung, Menschenrechtsverletzungen
18. Okt. 2023	Biden	General License 44	Vorübergehende Aufhebung der Sanktionen für den Öl- und Gassektor	Anreiz für freie und faire Wahlen im Rahmen des Barbados-Abkommens
18. Apr. 2024	Biden	Auslaufen von GL 44	Wiedereinführung der Sanktionen für den Öl- und Gassektor	Nichteinhaltung des Barbados-Abkommens durch die Maduro-Regierung

IV. Die Trump-Regierung: Die „maximale Druck“-Kampagne (2017-2021)

Dieser Abschnitt analysiert die beispiellose Eskalation der US-Politik hin zum erklärten Ziel des Regimewechsels, unter Einsatz einer Kombination aus lähmenden Wirtschaftssanktionen, diplomatischer Isolation und der Androhung militärischer Gewalt.

1. Eskalation zu umfassenden sektoralen Sanktionen

Die Trump-Regierung gab den gezielten Ansatz auf und startete eine „maximale Druck“-Kampagne, die darauf abzielte, den venezolanischen Staat lahmzulegen und Maduro zur Machtabgabe zu zwingen.²⁶

- **Finanzsanktionen (2017):** E.O. 13808 verbot den Zugang Venezuelas zu den US-Finanzmärkten und beschränkte den Handel mit neuen Schuldtiteln der Regierung und von PDVSA.⁹
- **Sanktionen gegen Schlüsselsektoren (2018-2019):** Weitere Executive Orders zielten auf die digitale Währung Venezuelas und den Kauf venezolanischer Schulden ab.¹⁸ E.O. 13850 (November 2018) war entscheidend, da sie Sanktionen gegen jeden Sektor der venezolanischen Wirtschaft ermöglichte. Sie wurde zunächst auf den Goldsektor und dann im Januar 2019 auf den Ölsektor angewendet, indem PDVSA designiert wurde.¹⁸ Diese Sanktionen froren Vermögenswerte von PDVSA in Höhe von 7 Milliarden US-Dollar ein und blockierten Zahlungen für Ölexporte in die USA.¹⁸
- **De-facto-Embargo (2019):** E.O. 13884 (August 2019) war der Höhepunkt der Kampagne. Sie froz alle Vermögenswerte der Maduro-Regierung in den USA ein und verbot US-Personen faktisch jegliche Transaktionen mit ihr, sofern nicht ausdrücklich genehmigt.⁹

2. Die Guaidó-Strategie: Anerkennung einer alternativen Regierung

Am 23. Januar 2019 erkannte Präsident Trump offiziell Juan Guaidó, den Präsidenten der Nationalversammlung, als Interimspräsidenten Venezuelas an und erklärte das Maduro-Regime für illegitim.¹ Dies war ein koordinierter Schritt, da Guaidós Team den Plan zuvor dem US-Außenministerium vorgelegt hatte.³¹ Die USA ermutigten andere Nationen, Guaidó anzuerkennen, und arbeiteten daran, seiner Interimsregierung die Kontrolle über venezolanische Vermögenswerte im Ausland zu verschaffen, insbesondere über die US-amerikanische Öltochter Citgo.¹⁸ Maduro reagierte mit dem Abbruch aller diplomatischen

Beziehungen zu den USA, was schließlich zum Abzug des gesamten US-Diplomatenpersonals führte.¹

3. Die „militärische Option“: Rhetorik und Realität

Präsident Trump erklärte wiederholt, eine „militärische Option“ sei „auf dem Tisch“.³⁴ Er soll hochrangige Berater nach einer Invasion Venezuelas gefragt haben, wovon diese jedoch dringend abrieten.³⁵ Die USA setzten erhebliche Marinestreitkräfte in der Karibik ein, offiziell für Operationen zur Drogenbekämpfung, was jedoch weithin als Machtdemonstration und psychologischer Druck auf das Maduro-Regime interpretiert wurde.³⁶ In einer signifikanten Eskalation kündigte Trump am 2. September 2025 (in den hypothetisch zukunftsbezogenen Quellen) einen „kinetischen Schlag“ gegen ein Boot an, das angeblich Drogen schmuggelte, wobei 11 Menschen getötet wurden.³⁸ Maduro reagierte auf diese Drohungen konsequent mit der Mobilisierung von Truppen und zivilen Milizen und schwor, im Falle eines Angriffs eine „Republik in Waffen“ auszurufen.⁴¹

4. Bewertung der Folgen des maximalen Drucks

Die Sanktionskampagne hatte verheerende Auswirkungen. Ein Bericht des U.S. Government Accountability Office (GAO) stellte fest, dass die venezolanische Wirtschaft, die sich bereits im Niedergang befand, nach 2015 „steil“ abfiel und die Ölsanktionen von 2019 „wahrscheinlich zum steileren Rückgang beigetragen haben“.⁴³ Ein UN-Bericht der Sonderberichterstatterin Alena Douhan war noch direkter und stellte fest, dass die einseitigen Sanktionen die bereits bestehenden Krisen verschärft und eine „verheerende Wirkung“ auf die gesamte Bevölkerung gehabt hätten.⁴⁴ Der Bericht dokumentierte spezifische Auswirkungen:

- **Ernährung:** Ein Rückgang der Lebensmittelverfügbarkeit um 73 %, wobei 2,5 Millionen Venezolaner stark von Ernährungsunsicherheit betroffen waren und die chronische Unterernährung um 213,8 % zunahm.⁴⁵
- **Gesundheit:** Sanktionen blockierten den Kauf von Medikamenten und Blutreagenzien, was Millionen von Patienten betraf, Operationen verhinderte und 2,6 Millionen Kinder von Impfungen abschnitt. Die Beschlagnahmung von Citgo-Vermögenswerten stoppte ein humanitäres Programm, was zum Tod von 14 Kindern führte, die auf Transplantationen warteten.⁴⁵
- **Öffentliche Dienstleistungen:** Wasser- und Stromversorgungssysteme arbeiteten mit weniger als 50 % ihrer Kapazität, da Ersatzteile und Chemikalien nicht beschafft werden

konnten.⁴⁵

Die Kampagne des „maximalen Drucks“ stellt eine grundlegende Verschiebung der US-Agenda von der Eindämmung hin zum aktiven, offenen Regimewechsel dar. Ihr Scheitern, Maduro zu stürzen, offenbarte jedoch die Grenzen wirtschaftlichen Zwangs gegen einen widerstandsfähigen autoritären Staat, der von externen Akteuren wie Russland, China und Kuba unterstützt wird. Die Strategie basierte auf der Annahme, dass wirtschaftlicher Schmerz die Loyalität des venezolanischen Militärs brechen würde, was sich als falsch erwies.²⁶ Das Hauptergebnis der Politik war nicht der Regimewechsel, sondern eine vertiefte humanitäre Krise und eine stärkere Abhängigkeit Maduros von den Gegnern der USA.

Die humanitäre Krise, die bereits vor den härtesten Sanktionen bestand, wurde durch die „maximale Druck“-Kampagne nachweislich und schwerwiegend verschärft. Sowohl der GAO- als auch der UN-Bericht liefern konkrete Daten, die zeigen, wie sektorale Sanktionen die Fähigkeit des Staates, Lebensmittel, Medikamente und lebenswichtige Ausrüstung zu importieren, direkt lähmten.⁴³ Diese direkte Auswirkung auf die Lebensbedingungen war ein Haupttreiber für den Massenexodus von Millionen Venezolanern.⁴⁶ Diese Migrationswelle wurde dann zu einem wichtigen innenpolitischen Thema in den USA und zwang die nachfolgende Biden-Regierung, die Migrationskontrolle über das ideologischere Ziel des Regimewechsels zu stellen. Dies zeigt eine klare, wenn auch unbeabsichtigte, Kausalkette, bei der ein außenpolitisches Instrument (Sanktionen) ein innenpolitisches Problem (Migration) schuf, das eine grundlegende Verschiebung der außenpolitischen Agenda selbst erzwang.

V. Die Biden-Regierung: Eine Neukalibrierung der Strategie (2021-heute)

Dieser Abschnitt untersucht den Wandel weg vom „maximalen Druck“ hin zu einem pragmatischeren und konditionaleren Ansatz, bei dem Sanktionen als Verhandlungsmasse eingesetzt werden, um spezifische, begrenzte Ziele zu erreichen.

1. Vom „maximalen Druck“ zum konditionsbasierten Engagement

Die Biden-Regierung erbte die Politik des „maximalen Drucks“, signalisierte jedoch ihr Unbehagen an der Strategie, da sie keinen politischen Wandel bewirkt und gleichzeitig das humanitäre Leid verschärft hatte.⁴⁸ Der Fokus der Regierung verlagerte sich vom sofortigen

Regimewechsel auf die Bewältigung der Krisenfolgen, insbesondere Migration und regionale Energiesicherheit, vor allem nach der russischen Invasion in der Ukraine.⁴⁸ Dies schuf eine Spannung zwischen den erklärten Zielen der Demokratieförderung und den pragmatischen Notwendigkeiten der Kontrolle von Benzinpreisen und Grenzübertritten.⁵⁰

2. Das Barbados-Abkommen und kalibrierte Sanktionserleichterungen

Die Regierung verfolgte eine Politik der begrenzten Sanktionserleichterung im Austausch für konkrete Schritte der Maduro-Regierung in Richtung freier und fairer Wahlen.⁸ Nach Verhandlungen wurde im Oktober 2023 das Barbados-Abkommen unterzeichnet, das einen Fahrplan für die Präsidentschaftswahlen 2024 festlegte.⁵¹ Als Reaktion darauf hob das US-Finanzministerium mit der General License 44 die Sanktionen gegen den venezolanischen Öl-, Gas- und Goldsektor für sechs Monate vorübergehend auf.⁹ Dies war an die Bedingung geknüpft, dass Maduro das Abkommen einhält. Bereits im November 2022 hatte die Regierung eine spezifische Lizenz für das US-Ölunternehmen Chevron ausgestellt, um die begrenzte Produktion wieder aufzunehmen, ein Schlüsselschritt in diesem neuen transaktionalen Ansatz.⁹

3. Das Wiederinkraftsetzen der Sanktionen und politische Dilemmata

Die Maduro-Regierung hielt sich nicht vollständig an das Barbados-Abkommen, insbesondere durch die Aufrechterhaltung des Verbots für die Oppositionskandidatin María Corina Machado.⁹ Infolgedessen widerriefen die USA im Januar 2024 die Lizenz für den Goldsektor und kündigten an, die breitere Öl- und Gaslizenz im April 2024 nicht zu erneuern.⁹ Dieses „Snapback“ demonstrierte die bedingte Natur der neuen Politik.

4. Navigation in einer Landschaft nach Guaidó

Im Januar 2023 stimmte die venezolanische Opposition für die Auflösung der Interimsregierung von Guaidó. Die USA stellten daraufhin ihre Anerkennung von Guaidós Präsidentschaftsanspruch ein, erkennen aber weiterhin die Legitimität der 2015 gewählten Nationalversammlung an.¹ Die US-Politik konzentriert sich nun auf die Unterstützung der

geeinten Opposition (Plataforma Unitaria Democrática, PUD) und ihres Kandidaten Edmundo González Urrutia.⁸ Gleichzeitig hat die Regierung den Fokus stark auf die Migrationsaspekte der Krise gelegt, indem sie den temporären Schutzstatus (TPS) für Venezolaner in den USA verlängerte²⁷ und gleichzeitig die Wiederaufnahme von Abschiebeflügen nach Venezuela aushandelte.⁴⁸

Die Politik der Biden-Regierung spiegelt einen pragmatischen Schwenk wider, bei dem Sanktionen nicht mehr ein Instrument für den Regimesturz sind, sondern ein transaktionaler Hebel zur Erreichung begrenzter, greifbarer Ergebnisse, die hauptsächlich von innenpolitischen Bedenken der USA (Migration und Energiepreise) angetrieben werden. Die Auflösung der Interimsregierung von Guaidó erzwang zudem eine grundlegende Umstrukturierung der US-Agenda. Die Politik des „maximalen Drucks“ war vollständig auf die Prämisse von Guaidó als legitimem Präsidenten aufgebaut, was es den USA ermöglichte, Vermögenswerte wie Citgo legal zu kontrollieren.¹⁸ Als die venezolanische Opposition selbst diese Struktur auflöste¹, brach die zentrale Säule der US-Politik zusammen. Dies zwang die USA zu einer Rückkehr zu einem konventionelleren Ansatz: die Anerkennung der Nationalversammlung von 2015 als letzte demokratische Institution, aber die Auseinandersetzung mit dem Maduro-Regime in praktischen Fragen.

VI. Schlussfolgerung: Eine Bewertung der US-Agenda und ihrer Ergebnisse

Die chronologische Entwicklung der US-Agenda gegenüber Venezuela zeigt einen klaren strategischen Wandel über vier Präsidentschaften hinweg:

- **Bush (Eindämmung):** Reaktion auf eine ideologische und geopolitische Bedrohung durch diplomatische Isolation und die Schaffung eines grundlegenden Sanktionsrahmens.
- **Obama (Rechtliche Institutionalisierung):** Verlagerung der Rechtfertigung auf Menschenrechte und Demokratie und Schaffung der rechtlichen Architektur des „nationalen Notstands“, die für umfassendere wirtschaftliche Maßnahmen erforderlich ist.
- **Trump (Regimewechsel):** Instrumentalisierung des geerbten Rechtsrahmens, um eine „maximale Druck“-Kampagne des Wirtschaftskriegs mit dem expliziten Ziel des Sturzes der Maduro-Regierung zu führen.
- **Biden (Pragmatische Neukalibrierung):** Umwidmung der Sanktionsarchitektur als flexibles Druckmittel, um begrenzte Ziele in Bezug auf Wahlen, Migration und Energiesicherheit zu erreichen.

Eine kritische Bewertung der eingesetzten Instrumente zeigt, dass die „maximale Druck“-Sanktionskampagne ihr Hauptziel des Regimewechsels verfehlte und verheerende, gut dokumentierte humanitäre Folgen hatte, die eine Migrationskrise anheizten. Der kalibriertere Einsatz von Sanktionen als Druckmittel unter der Biden-Regierung hat gemischte, aber greifbare Ergebnisse erbracht (z.B. Freilassung von Gefangenen, Verhandlungsrahmen), hat aber die politische Realität in Venezuela nicht grundlegend verändert.

Die Analyse verdeutlicht die anhaltende Spannung in der US-Politik zwischen ideologischen Zielen (Demokratieförderung) und pragmatischen Interessen (Energie, Migration). Es lässt sich schlussfolgern, dass die US-Agenda trotz ihrer taktischen Verschiebungen weitgehend erfolglos war, einen demokratischen Übergang in Venezuela zu erreichen, und zeitweise zum Leid des venezolanischen Volkes beigetragen hat. Die Zukunft der US-Agenda wird wahrscheinlich weiterhin vom Zusammenspiel dieser konkurrierenden Prioritäten geprägt sein.

Administration	Angegebene Agenda/Ziel	Primäre politische Instrumente	Hauptergebnis
Clinton/Bush	Eindämmung des anti-amerikanischen Einflusses	Diplomatische Isolation; gezielte Sanktionen (Drogen/Terror)	Verfestigte antagonistische Dynamik
Obama	Förderung von Menschenrechten und Demokratie	Kodifizierte Menschenrechtssanktionen; Erklärung des „nationalen Notstands“	Schaffung des rechtlichen Rahmens für zukünftige Eskalation
Trump	Maximaler Druck für Regimewechsel	Umfassende sektorale Sanktionen (Öl/Gold); Anerkennung der Interimsregierung; militärische Drohungen	Regimewechsel nicht erreicht; Verschärfung der humanitären Krise
Biden	Anreize für freie Wahlen; Management von	Kalibrierte Sanktionserleichterungen; diplomatische	Sicherung des Barbados-Abkommens, aber Nichteinhaltung

	Migration/Energie	Verhandlungen; Migrationsabkomm en	nicht verhindert; teilweise Steuerung der Migrationsströme
--	-------------------	--	---

Referenzen

1. United States–Venezuela relations - Wikipedia, Zugriff am September 3, 2025, https://en.wikipedia.org/wiki/United_States%E2%80%93Venezuela_relations
2. Policy & History - U.S. Embassy in Venezuela, Zugriff am September 3, 2025, <https://ve.usembassy.gov/policy-history/>
3. The History - and Hypocrisy - of US Meddling in Venezuela ..., Zugriff am September 3, 2025, <https://venezuelanalysis.com/analysis/14263/>
4. Venezuela's Chavez Era | Council on Foreign Relations, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.cfr.org/timeline/venezuelas-chavez-era>
5. Contemporary US-Latin American Relations Cooperation or Conflict in the 21st Century?, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.amherst.edu/media/view/207361/original/Romero%2B%2526%2BCorrale%252C%2BRelations%2Bbetween%2Bthe%2BUnited%2BStates%2B%2526%2BVenezuela%2B2001-2009.pdf>
6. Framing U.S.-Venezuelan Relations Under Bush and Chávez: Origins of A Country In Crisis - Rollins Scholarship Onlin, Zugriff am September 3, 2025, <https://scholarship.rollins.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1000&context=honors-in-the-major-communication>
7. Venezuela protests are sign that US wants our oil, says Nicolás Maduro - The Guardian, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.theguardian.com/world/2014/apr/08/venezuela-protests-sign-us-wants-oil-says-nicolas-maduro>
8. Venezuela: Overview of U.S. Sanctions Policy - Congress.gov, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.congress.gov/crs-product/IF10715>
9. Venezuela: Overview of U.S. Sanctions Policy - FAS Project on ..., Zugriff am September 3, 2025, <https://sgp.fas.org/crs/row/IF10715.pdf>
10. Venezuela: U.S. Policy Overview - Every CRS Report, Zugriff am September 3, 2025, https://www.everycrsreport.com/files/20150520_IF10230_be6e6b93afbd29fa8dc83f4bb3e6c1a9a83202e1.pdf
11. Sanctions during the Venezuelan crisis - Wikipedia, Zugriff am September 3, 2025, https://en.wikipedia.org/wiki/Sanctions_during_the_Venezuelan_crisis
12. Venezuela: Political Conditions and U.S. Policy, 2003-2009 - EveryCRSReport.com, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.everycrsreport.com/reports/RL32488.html>
13. Obama's Outreach To Foes Angers Some In Washington, Zugriff am September 3, 2025, https://www.rferl.org/a/Obamas_Outreach_To_Foes_Angers_Some_In_Washingto

- [n/1613560.html](#)
14. Hugo Chávez becomes the latest leader to fall under Barack Obama's spell - The Guardian, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.theguardian.com/news/blog/2009/apr/18/hugo-chavez-barack-obama>
 15. White House Defends Obama-Chavez Meeting - VOA, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.voanews.com/a/a-13-2009-04-20-voa64-68683682/408852.html>
 16. U.S. Deeply Concerned by Venezuelan Government's Response to Ongoing Protests - U.S. Mission to International Organizations in Geneva, Zugriff am September 3, 2025, <https://geneva.usmission.gov/2014/03/13/u-s-deeply-concerned-by-venezuelan-governments-response-to-ongoing-protests/>
 17. US support for regime change in Venezuela is a mistake | Mark Weisbrot - The Guardian, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2014/feb/18/venezuela-protests-us-support-regime-change-mistake>
 18. U.S. sanctions during the Venezuelan crisis - Wikipedia, Zugriff am September 3, 2025, https://en.wikipedia.org/wiki/U.S._sanctions_during_the_Venezuelan_crisis
 19. Venezuela-Related Sanctions - State.gov, Zugriff am September 3, 2025, <https://2009-2017.state.gov/e/eb/tfs/spi/venezuela/index.htm>
 20. FACT SHEET: Venezuela Executive Order | whitehouse.gov - Obama White House, Zugriff am September 3, 2025, <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2015/03/09/fact-sheet-venezuela-executive-order>
 21. Notice on the Continuation of the National Emergency with Respect to Venezuela, Zugriff am September 3, 2025, <https://bidenwhitehouse.archives.gov/briefing-room/presidential-actions/2023/03/01/notice-on-the-continuation-of-the-national-emergency-with-respect-to-venezuela-3/>
 22. Executive Order 13692—Blocking Property and Suspending Entry of Certain Persons Contributing to the Situation in Venezuela | The American Presidency Project, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/executive-order-13692-blocking-property-and-suspending-entry-certain-persons-contributing>
 23. NLG Calls on President Obama to Withdraw Executive Order Declaring Venezuela National Security Threat | Truthout, Zugriff am September 3, 2025, <https://truthout.org/articles/nlg-calls-on-president-obama-to-withdraw-executive-order-declaring-venezuela-national-security-threat/>
 24. US renews “national emergency” against Venezuela, keeping brutal sanctions in place, Zugriff am September 3, 2025, <https://peoplesdispatch.org/2023/03/03/us-renews-national-emergency-against-venezuela-keeping-brutal-sanctions-in-place/>
 25. Imposing Tariffs on Countries Importing Venezuelan Oil - The White House, Zugriff am September 3, 2025,

- <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/03/imposing-tariffs-on-countries-importing-venezuelan-oil/>
26. Warships in the Caribbean: Trump's Gamble with Venezuela, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.institute.org/opinion/warships-in-the-caribbean-trumps-gamble-with-venezuela>
 27. Venezuela: Political Crisis and U.S. Policy - Congress.gov, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.congress.gov/crs-product/IF10230>
 28. Venezuela-Related Sanctions - United States Department of State, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.state.gov/venezuela-related-sanctions>
 29. Statement from President Donald J. Trump Recognizing Venezuelan National Assembly President Juan Guaido as the Interim President of Venezuela - Trump White House Archives, Zugriff am September 3, 2025, <https://trumpwhitehouse.archives.gov/briefings-statements/statement-president-donald-j-trump-recognizing-venezuelan-national-assembly-president-juan-guaido-interim-president-venezuela/>
 30. United States Recognizes the Opposition Government in Venezuela and Imposes Sanctions as Tensions Escalate | American Journal of International Law, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.cambridge.org/core/journals/american-journal-of-international-law/article/united-states-recognizes-the-opposition-government-in-venezuela-and-imposes-sanctions-as-tensions-escalate/6F4C6CF05F85678A9A56BFD3192E32F6>
 31. Juan Guaidó - Wikipedia, Zugriff am September 3, 2025, https://en.wikipedia.org/wiki/Juan_Guaid%C3%B3
 32. U.S. Government Support for the Democratic Aspirations of the Venezuelan People, Zugriff am September 3, 2025, <https://2017-2021.state.gov/u-s-government-support-for-the-democratic-aspirations-of-the-venezuelan-people/>
 33. In Recognition of Juan Guaido's Courageousness | Wilson Center, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.wilsoncenter.org/article/recognition-juan-guaidos-courageousness>
 34. Foreign involvement in the Venezuelan presidential crisis - Wikipedia, Zugriff am September 3, 2025, https://en.wikipedia.org/wiki/Foreign_involvement_in_the_Venezuelan_presidential_crisis
 35. Proposed United States invasion of Venezuela - Wikipedia, Zugriff am September 3, 2025, https://en.wikipedia.org/wiki/Proposed_United_States_invasion_of_Venezuela
 36. What to know about the US warships sent to South America and the reaction in Venezuela, Zugriff am September 3, 2025, <https://apnews.com/article/trump-venezuela-destroyers-maduro-drug-cartels-9649e8282c061d9dad41a5dfb54431d4>
 37. Why are US warships heading toward Venezuela? - Atlantic Council, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/why-are-us-warships-heading-toward-venezuela/>

- [ng-toward-venezuela/](#)
38. Trump says 11 killed in strike on alleged drug-carrying boat from Venezuela - Al Jazeera, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.aljazeera.com/news/2025/9/3/trump-says-11-killed-in-strike-on-alleged-drug-carrying-boat-from-venezuela>
 39. US conducts 'kinetic strike' against drug boat from Venezuela, killing 11, Trump says, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.theguardian.com/us-news/2025/sep/02/trump-venezuela-boat-lethal-strike>
 40. Trump says US strike on vessel in Caribbean targeted Venezuela's Tren de Aragua gang, killed 11, Zugriff am September 3, 2025, <https://apnews.com/article/venezuela-strike-rubio-trump-0f901b2a30ee20e314bcab1385ffb0c0>
 41. Maduro vows to declare a 'republic in arms' if US forces in the Caribbean attack Venezuela, Zugriff am September 3, 2025, <https://apnews.com/article/trump-venezuela-destroyers-maduro-drug-cartels-e9dcca3aa04f61d7262919b1d21e1964>
 42. Maduro warns the US: 'If Venezuela was attacked, we would declare an armed struggle', Zugriff am September 3, 2025, <https://english.elpais.com/international/2025-09-02/maduro-warns-the-us-if-venezuela-was-attacked-we-would-declare-an-armed-struggle.html>
 43. GAO-21-239, VENEZUELA: Additional Tracking Could Aid ..., Zugriff am September 3, 2025, <https://www.gao.gov/assets/gao-21-239.pdf>
 44. Independent UN rights expert calls for unilateral sanctions to be ..., Zugriff am September 3, 2025, <https://news.un.org/en/story/2021/02/1084642>
 45. UN Expert Releases Full Report on Impact of US-led Sanctions ..., Zugriff am September 3, 2025, <https://progressive.international/wire/2021-10-18-un-expert-releases-full-report-on-impact-of-us-led-sanctions-against-venezuela/en/>
 46. Appeals court blocks Trump administration from ending legal protections for 600,000 Venezuelans, Zugriff am September 3, 2025, <https://apnews.com/article/immigration-trump-temporary-status-venezuelans-7c70b2d301c43663a6f506af527637a4>
 47. 14,000 US-bound migrants have returned south since Trump border changes, UN says, Zugriff am September 3, 2025, <https://apnews.com/article/migration-venezuela-darien-gap-trump-colombia-dc7eab62980c98eba5c65ed591a2836f>
 48. On the Uses and Misuses of Venezuela Sanctions - CSIS, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.csis.org/analysis/uses-and-misuses-venezuela-sanctions>
 49. An Alternative to Maximum Pressure in Venezuela (Marcellus Policy Analysis), Zugriff am September 3, 2025, <https://jqas.org/an-alternative-to-maximum-pressure-in-venezuela-marcellus-policy-analysis/>
 50. Will the Biden Administration Abandon Democracy in Venezuela?, Zugriff am September 3, 2025,

- <https://www.cfr.org/blog/will-biden-administration-abandon-democracy-venezuela>
51. Barbados Agreement - Wikipedia, Zugriff am September 3, 2025, https://en.wikipedia.org/wiki/Barbados_Agreement
 52. The United States Provides and Then Rescinds Sanctions Relief for Venezuela | American Journal of International Law, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.cambridge.org/core/journals/american-journal-of-international-law/article/united-states-provides-and-then-rescinds-sanctions-relief-for-venezuela/92E84EFF41D79FFE015F55671554DC28>
 53. Barbados Deal Sets Venezuela on a Rocky Path to Competitive Polls, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.crisisgroup.org/latin-america-caribbean/andes/venezuela/barbados-deal-sets-venezuela-rocky-path-competitive-polls>
 54. US Eases Venezuela Oil Sanctions for Chevron in Policy Shift - IndexBox, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.indexbox.io/blog/us-eases-venezuela-oil-sanctions-for-chevron/>
 55. Chevron cleared to pump oil in Venezuela under new U.S. license. Critics say Maduro regime benefits | WLRN, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.wlrn.org/americas/2025-07-26/chevron-cleared-to-pump-oil-in-venezuela-under-new-u-s-license-critics-say-maduro-regime-benefits>
 56. WOLA, Author at Venezuelan Politics and Human Rights, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.venezuelablog.org/author/wola/>
 57. Venezuela: Sanctions Actions and Supporting Democracy, Zugriff am September 3, 2025, <https://ve.usembassy.gov/venezuela-sanctions-actions-and-supporting-democracy/>
 58. Venezuela Sanctions Relief: Expiration of General License 44 - U.S. Embassy In Nicaragua, Zugriff am September 3, 2025, <https://ni.usembassy.gov/venezuela-sanctions-relief-expiration-of-general-license-44/>
 59. Biden's First Year Policies toward Latin America - WOLA, Zugriff am September 3, 2025, <https://www.wola.org/analysis/bidens-first-year-policies-toward-latin-america/>
 60. OFAC Issues New Sanctions for Venezuela Following the Barbados Treaty - Holland & Knight, Zugriff am September 3, 2025, https://www.hklaw.com/-/media/files/insights/publications/2025/03/english_0231_hk_article.pdf?rev=fbb7d6b30a1c4a06b1231835e6ec83ef&hash=FFAD7EC77874D29FE47FA81BDC0B81B8